

Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg



Handlungsprogramm

3. aktualisierte Auflage

Inhalt

Vorwort des Vorsitzenden	1
Grußwort des Ratsvorsitzenden der Europäischen Metropolregion	3
Rechtsextremismus in der Metropolregion	4
Für eine starke Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion	6
Was Kommunen und Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus tun können – Zwölf Handlungsfelder.....	8
1. Handlungsfeld Kooperation	8
2. Handlungsfeld Öffentlichkeit.....	10
3. Handlungsfeld Medien	11
4. Handlungsfeld Bildung	11
5. Handlungsfeld außerschulische Jugendbildung.....	13
6. Handlungsfeld Wirtschaft.....	14
7. Handlungsfeld Versammlungsrecht	14
8. Handlungsfeld Immobilien	15
9. Handlungsfeld Chancengleichheit	16
10. Handlungsfeld kulturelle Vielfalt.....	17
11. Handlungsfeld Sport	18
12. Handlungsfeld Internet.....	19
Weitere Informationen und Impressum	21

Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg

Vorwort

Seit der Gründung der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg im Jahr 2009 haben wir gemeinsam viel erreicht. Inzwischen vernetzen sich über 320 Gebietskörperschaften, zivilgesellschaftliche Initiativen, Organisationen und Institutionen in unserem Netzwerk und engagieren sich für eine offensive und öffentliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus.

Für ihr Engagement gegen Rechtsextremismus und für die im Grundgesetz verankerten gesellschaftlichen Werte wurde die Allianz gegen Rechtsextremismus im Oktober 2016 mit dem 1. Preis des Bürgerpreises des Bayerischen Landtags ausgezeichnet. Ein Jahr später, im Dezember 2017, folgte der Deutsche Engagementpreis in der Kategorie „Demokratie stärken“.

Der Schutz unserer Demokratie hat nur eine Chance, wenn wir mit hoher Verantwortungsbereitschaft und breiter Beteiligung am politischen Dialog teilnehmen und uns für Lösungen einsetzen, die das Fundament unseres Zusammenlebens, Menschenwürde, Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Unversehrtheit jedes Einzelnen in den Mittelpunkt stellen.

Der Rechtsruck in der europäischen Gesellschaft und die Institutionalisierung von nationalistisch-völkischen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Strukturen in Deutschland fordern uns mehr denn je auf, antidemokratischen und menschenfeindlichen Ideologien entschieden entgegenzutreten. Der zunehmende Nationalismus, der

nichts anderes versucht als sich selbst zu erhöhen, indem er andere erniedrigt, bedroht ein friedliches Miteinander. Rechtsextremistische und rechtspopulistische Gruppierungen schlagen in diese Kerbe und treiben damit die Spaltung der Gesellschaft voran.

Dabei ist der Überblick über solche Vereinigungen komplizierter geworden. Neben Gruppen, die unverhohlen an die Nazi-Diktatur anknüpfen, zersplittert sich die „Neue Rechte“ in verschiedene rassistische und antidemokratische Ideologien und Verbindungen. Oft verschwimmen die Grenzen und Rassismus und Fremdenfeindlichkeit werden nicht gleich als solche erkannt. Hasskommentare, Beleidigungen und Bedrohungen sind immer öfter an der Tagesordnung.

Gerade deshalb ist es wichtig, dass die Allianz gegen Rechtsextremismus als verlässlicher Partner versteckte Inhalte, Symbole und Zusammenhänge aufdeckt und ihren Mitgliedern zur Verfügung stellt. Mit verschiedenen Publikationen, Kampagnen, Workshops, Seminaren und Vorträgen sensibilisiert und berät die Allianz ihre Mitglieder.

So ist das vorliegende Handlungsprogramm als Arbeitsgrundlage für die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg zu verstehen. Jedes der darin benannten Handlungsfelder enthält zahlreiche Vorschläge und Praxisbeispiele, wie die Informations- und Vernetzungsaufgaben gelöst, wie Präventionsarbeit betrieben oder wie aktiver Widerstand gestaltet werden kann.

Die Europäische Metropolregion Nürnberg zeichnet sich durch gegenseitigen Respekt, Vielfalt und Weltoffenheit aus. Auch in Zukunft sollen alle ihre Bewohnerinnen und Bewohner, gleich welcher Herkunft, ethnischen, kulturellen, religiösen, oder sozialen Zugehörigkeit, ein Leben in Würde, Sicherheit und Gerechtigkeit führen können. Dazu soll dieses Handlungsprogramm beitragen.

Stephan Doll

Vorsitzender der Allianz gegen Rechtsextremismus

Grußwort

„Ein Rechtsruck geht durch Europa“: Diese und ähnliche Schlagzeilen lesen wir nach den vielen nationalen Wahlen. Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sind deshalb in Deutschland und in ganz Europa aktuelle gesamtgesellschaftliche Probleme und ihre Ursachen brauchen grundsätzliche und überzeugende Antworten. Mit ihren Aussagen und ihrem Handeln entlarven die Rechtsextremen sich selbst als Feinde der Demokratie und der allgemeinen Menschenrechte. Es ist unsere Aufgabe, dies deutlich zu machen.

Auch in der Metropolregion Nürnberg vernetzen sich zahlreiche rechtsextremistische Vereinigungen. Doch sind es nicht nur die Straftaten, die uns aufhorchen lassen. Oft kann jede und jeder von uns im Alltag genauer hinhören, wenn Menschen wegen ihrer Religion, ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft oder ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert oder beleidigt werden. Es gilt hinzusehen und zu handeln, wenn verbale oder körperliche Angriffe erfolgen. Öffnen wir gemeinsam die Augen und Ohren, um wahrzunehmen und den Angriffen auf unsere Freiheit entschieden entgegenzutreten!

Die Kommunen und die Zivilgesellschaft haben die Aufgabe, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren und somit unsere demokratischen Werte zu schützen. Das vorbildliche Engagement der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg ist für unsere Gesellschaft sehr wertvoll und hat sich als wesentliche Plattform im Kampf gegen Rechtsextremismus und -populismus in vielen Bereichen etabliert.

Wir wollen, dass die Metropolregion Nürnberg eine vielfältige und weltoffene Region bleibt, in der Toleranz, Demokratie und Respekt gelebt werden.

Andreas Starke

Ratsvorsitzender Europäische Metropolregion Nürnberg
Oberbürgermeister Stadt Bamberg

Rechtsextremismus in der Metropolregion

Seit dem Aufstieg der AfD ist das Unsagbare sagbar und sind extrem rechte Positionen hoffähig geworden.

Die hohe Akzeptanz in Teilen der Bevölkerung hat unmittelbare Rückwirkung auf Handeln und Strategie anderer extrem rechter Gruppierungen. Die AfD erreichte bei der Bundestagswahl 2017 in Nordbayern Ergebnisse, die dem landesweiten Durchschnitt von 12,4% entsprachen. Bei der Landtagswahl 2018 in Bayern erreichte sie 10,2%, wobei Mittelfranken ein Ergebnis von 9,5% verzeichnete.

Für die AfD bundesweit von Bedeutung ist der Nürnberger Kreisverband unter Martinichert, der mittlerweile Landesvorsitzender und Mitglied des Bundestages ist. Dies ist insofern beachtenswert, als ein Parteiausschlussverfahren 2014 gegen ihn wegen nachweislicher rassistischer Äußerungen sowie Relativierungen des Hitler-Faschismus im Sande verlief. Er verortet sich selbst als dem „Flügel“ um Björn Höcke zugehörig.

2017 blieb eine parteiinterne Untersuchung gegen Elena Roon (AfD Nürnberg-Süd) ebenso folgenlos. Sie hatte Hitler-Bilder mit dem Untertitel: „Adolf, bitte melde dich! Deutschland braucht dich! Das Deutsche Volk!“ gepostet.

Die insbesondere vom ehemaligen AfD-Landesvorsitzenden Petr Bystron gelobte Identitäre Bewegung (IB) tritt in der Metropolregion bislang mit Flugblättern, Aufklebern und gehissten Bannern in Erlangen, Weißenburg, Roth und Nürnberg in Erscheinung. Da sich jene als Spektrum-übergreifendes Sammelbecken innerhalb der Neuen Rechten mit jugendspezifischem und aktionsorientiertem Auftreten begreift, bleibt ihr Potenzial zu beobachten.

Die vergleichsweise hohe Anzahl an ankommenden Geflohenen 2015 hat neben dem Erstarken der AfD zu einer starken Präsenz der extremen Rechten auf der Straße geführt. Die Aufmärsche der Partei „Die Rechte“, des „III. Weg“ oder Pegida fokussieren sich auf die Städteachse Nürnberg-Fürth-Erlangen, aber auch auf Bamberg und Regensburg.

Eine Dauererscheinung bleibt 2018 die rassistisch-islamfeindliche Pegida Mittelfranken mit den Hauptakteuren Gernot Tegetmeyer und Michael Stürzenberger und Aufmärschen in Nürnberg und Fürth mit bis zu 100 Teilnehmenden. Inwieweit die Aufhebung des Kooperationsverbotes der AfD mit Pegida in 2018 zu einer Stärkung führen wird, bleibt abzuwarten.

Das Verbot der Kameradschaftsplattform des „Freien Netzes Süd (FNS)“ als Nachfolgeorganisation der „Fränkischen Aktionsfront“ durch das Bayerische Innenministerium 2014 kam völlig verspätet. Die Auflösung war für die Szene seit der Durchsuchung ihrer Räume im Jahr 2013 absehbar. Die Hauptakteure der neu gegründeten Partei „Der III. Weg“, die 2019 zur Europawahl antreten wird, hatten sich längst neu aufgestellt. Zum Zeitpunkt des Verbotes war das FNS nur noch eine leere Hülle.

Die Partei „Die Rechte“ agiert in der Metropolregion weniger wie eine Partei, sondern vielmehr wie eine kriminelle Vereinigung. Zum Frauentag 2015 überfielen Mitglieder dieser Partei einen Demonstrationszug in Nürnberg. Bei einer Razzia im Oktober 2015 wurden Anschlagpläne gegen eine Bamberger Asylbewerberunterkunft und ein studentisches Café öffentlich.

Nicht bewahrheitet hat sich die Befürchtung, dass ein Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens zu einer Stärkung dieser Partei führen könnte. Die NPD ist auch nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes in der Region kaum mehr handlungsfähig. Letztmals 2014 hat jene einen „Bayerntag“ im oberfränkischen Scheinfeld abgehalten. Aktuell versucht sie sich neu in der extremen rechten Szene zu verorten, etwa mit offenen Stammtischen in Nürnberg. Die NPD-Tarnliste „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ ist mit zwei Stadträten in Nürnberg vertreten.

Die derzeitige Fokussierung auf die AfD darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die klassische Neonaziszene weiter aktiv bleibt. Die lange inaktiv geglaubte militante Gruppe „Combat 18“ des „Blood&Honour“-Netzwerkes trainiert im tschechischen Cheb. Einige Mitglieder sind 2017 in Schirnding der Polizei ins Netz gegangen. Die C18-Strategie des führerlosen Widerstandes und das Ziel der systematischen Destabilisierung des Staates durch An-

schläge erinnern stark an das Vorgehen des NSU, so dass eine Zusammenarbeit nicht auszuschließen war.

Kurz nach Beendigung des NSU-Prozesses vor dem Oberlandesgericht München bleiben gerade für die Region Nürnberg viele Fragen offen. Die Verstrickung mit der lokalen Neonaziszene bei den Anschlägen und Morden ist evident, aber bis dato nicht aufgeklärt. Dies könnte ein neuer Untersuchungsausschuss des Landtages ab 2019 klären, sofern dieser eingesetzt wird.

Große Aufmerksamkeit erwecken seit dem Mord von Georgensgmünd im Jahr 2016 die sogenannten Reichsbürger. Die bereits vorher vorhandene Bewegung lehnt die Rechtsordnung der Bundesrepublik ab, was nicht in jedem Fall mit einem extrem rechten Weltbild einhergehen muss. Von den bundesweit bekannten 16 500 Reichsbürgern 2017 sollen nach Behördenangaben in Bayern 21% leben. Von diesen etwa 3 300 Personen sollen im Jahr 2017 über 300 Straftaten begangen worden sein.

Vor diesem Hintergrund kommt den Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen eine Schlüsselrolle in der politischen und praktischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu.

Für eine starke Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion

In zahlreichen Städten, Gemeinden und Landkreisen der Metropolregion Nürnberg sind rechtsextremistische und rechtspopulistische Gruppen aktiv oder zuhause. Mit immer subtileren Botschaften, mit getarnten Informations- und Freizeitangeboten, insbesondere für Jugendliche, versuchen sie unser Wertesystem in Frage zu stellen. Von ihren Orten in der Metropolregion aus organisieren sie Aufmärsche, Propagandaaktionen und Vernetzungstreffen, die das Ziel haben unser demokratisches Gemeinwesen zu unterwandern. Ihre menschenverachtende Ideologie ist in Teilen der Gesellschaft und in allen Altersgruppen bereits angekommen.

Damit dieser Bedrohung angemessen begegnet werden kann, initiierte das Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg gemeinsam mit der Bürgerbewegung für Menschenwürde in Mittelfranken/Ansbach Stadt und Landkreis im Jahr 2009 die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion. Ihr geht es darum,

- den Widerstand gegen rechtsextremistische Aktivitäten zu stärken, insbesondere möglichst viele Menschen bei aktuellen Anlässen zu mobilisieren;
- bisher noch nicht betroffene Städte und Gemeinden zu sensibilisieren und für eine Mitwirkung in der Allianz zu gewinnen;
- die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu intensivieren;
- die regionale und überregionale Koordinierung von Aktionen gegen Rechtsextremismus zu organisieren;
- den Austausch von Erfahrungen, Informationen und Best-Practice-Beispielen durch regelmäßige Tagungen und durch eine Website zu fördern sowie
- finanzielle Mittel für Aktivitäten der Kommunen und zivilgesellschaftlichen Gruppen einzuwerben.

Mit zahlreichen Veranstaltungen, mit Angeboten der Arbeitsgruppen, Newslettern, dem Handlungsprogramm, der Gastro-Broschüre und der Kampagne „Wer Demokratie WÄHLT keine Rassisten“ informiert die Allianz gegen Rechtsextremismus ihre Mitglieder und Interessierte, sensibilisiert und berät Institutionen, Einrichtungen und Einzelpersonen.

Es ist aber weiterhin unverzichtbar, dass die Kommunen, die Kirchen, die Unternehmen, Vereine und alle zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure auf rechtsextremistische und rechtspopulistische Agitationen reagieren, um den Neonazis mit ihren Parolen nicht kampfflos unser Gemeinwesen zu überlassen. Die in den letzten Jahren von solchen Heimsuchungen betroffenen Städte und Gemeinden haben mit ihren Bürgerinnen und Bürgern hier Bemerkenswertes geleistet. Beispiele dafür sind

Wunsiedel, Zirndorf, Nürnberg und Rothenburg o. d. Tauber sowie andere Städte und Gemeinden in der Metropolregion. Die extremistische Rechte agiert jedoch immer professioneller und umfanglicher. So nutzt sie in ihrer öffentlichen Selbstdarstellung und in ihrem Erscheinungsbild zunehmend eine Mischung aus taktisch zurückhaltendem Auftreten sowie neuen politischen, aggressiven sozialen und kulturellen Aktionsformen, um ihre antidemokratische und rassistische Ideologie zu verbreiten.

Damit es ihr nicht noch stärker gelingt, die Köpfe der Menschen zu erreichen, ist ein langfristiges Programm mit konkreten Handlungsvorschlägen und die Beteiligung aller Demokratinnen und Demokraten in der Metropolregion unverzichtbar.

Was Kommunen und Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion tun können – Zwölf Handlungsfelder

1. Handlungsfeld Kooperation:

Wie können Kommunen und zivilgesellschaftliche Organisationen kooperieren?

Eine enge Zusammenarbeit von Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ist von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, Rechtsextremismus in all seinen Formen wirksam zu bekämpfen. Sie ist unverzichtbar, um die Öffentlichkeit zu informieren, zu sensibilisieren und gegen Aktivitäten rechtsradikaler Gruppen und Parteien zu mobilisieren. Und sie ist notwendig, um dem Einfluss der Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten und ihrer menschenverachtenden Ideologie durch langfristig angelegte Strategien den Boden zu entziehen.

Vorschläge:

- Einrichtung eines kontinuierlich tagenden „Runden Tisches gegen Rechtsextremismus“ in allen Kommunen, der die Aufgabe hat, den Austausch von Informationen, Erfahrungen und Best-Practice-Beispielen zu fördern, Personen und Aktivitäten zu vernetzen und gemeinsame Maßnahmen zu planen. In diesem Gremium sollten alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte vertreten sein, zum Beispiel die Kirchen und Religionsgemeinschaften, Vereine und Verbände, Unternehmen und Gewerkschaften, die Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung, politisch Verantwortliche, die demokratischen Parteien und ihre Jugendorganisationen, Bürgerinitiativen, Jugendgruppen und Schulen, die Medien, die Polizei und Justiz
- Regelmäßige Thematisierung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in möglichst vielen Institutionen und Organisationen in der Stadt bzw. Gemeinde
- Aufbau einer Datensammlung, um die örtliche Situation analysieren und bewerten zu können und auf dieser Grundlage erreichbare Ziele zu formulieren
- Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und Experten, überregionalen Institutionen und Organisationen, die durch ihre Erfahrung und ihren Sachverstand bei der Entwicklung ortsspezifischer Strategien beratend tätig werden können
- Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung, politische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, um über aktuelle Entwicklungen in der rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Szene und rechtliche Grundlagen zu informieren sowie wirkungsvolle Gegenmaßnahmen zu beraten

2. Handlungsfeld Öffentlichkeit:

Wie können die Öffentlichkeit informiert und zivilgesellschaftliches Engagement gestärkt werden?

Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die wachsende Bedrohung unserer demokratischen Werte durch rechts-extreme und rechtspopulistische Gruppen und Parteien ist von herausragendem Stellenwert, um deren antidemokratischer Gedankenwelt erfolgreich entgegenzuwirken.

Vorschläge:

- Regelmäßige Durchführung von Veranstaltungen zum „Internationalen Tag gegen Rassismus“ am 21. März oder zu anderen Gedenktagen wie beispielsweise der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar und der Pogromnacht am 9. November, um die Öffentlichkeit über die Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus, über Rassismus und Antisemitismus aufzuklären
- Verbreitung von Publikationen, die über Parteien und Gruppen mit rechtsextremistischen Bezügen sowie über ihre ideologischen Grundlagen und politischen Ziele informieren
- Einrichtung von Runden Tischen oder Diskussionsforen, um mit Bürgerinnen und Bürgern zu diesen Themen ins Gespräch zu kommen
- Veranstaltung von Lesungen mit bekannten Persönlichkeiten aus Literatur, Theater, Film und Medien über den Nationalsozialismus, seine Rassenideologie und moderne Formen des Rechtsextremismus
- Durchführung von Informationsständen, Plakat- und Leserbriefaktionen, Ausstellungen und Demonstrationen
- Regelmäßige Veranstaltung eines „Fests der Demokratie“ mit einem vielfältigen Informations- und Kulturprogramm
- Aufbau einer Adressdatei, um interessierte Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich zu informieren und zur Mitwirkung an Aktivitäten einzuladen

- Nutzung und Vernetzung bestehender Webseiten zu diesem Themenbereich

3. Handlungsfeld Medien:

Wie kann die Zusammenarbeit mit den Medien intensiviert werden?

Eine enge Kooperation mit den Medien ist unerlässliche Voraussetzung für eine erfolgversprechende Öffentlichkeitsarbeit gegen rechtsextremistische Ideologien.

Vorschläge:

- Kontinuierliche Information der Medien über geplante Veranstaltungen, Aktionen und Projekte durch Pressekonferenzen, Pressemitteilungen und Hintergrundgespräche
- Benennung kompetenter Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die Medien
- Gewinnung von Medienpartnerinnen und Medienpartnern und Nutzung von medialen Plattformen
- Einladung an interessierte Redakteurinnen und Redakteure der Printmedien und Lokalsender, an der Planung von Aktivitäten und ihrer inhaltlichen Gestaltung mitzuwirken
- Angebote zu Interviews mit prominenten Persönlichkeiten, die den Kampf gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion unterstützen
- Gründung einer Kreativwerkstatt, in der Jugendliche gemeinsam mit Journalistinnen und Journalisten eine Veröffentlichung zum Thema Rechtsextremismus erstellen

4. Handlungsfeld Bildung:

Wie können Bildungseinrichtungen Präventionsarbeit leisten?

Den Bildungseinrichtungen kommt eine besonders wichtige Rolle zu, wenn es darum geht, demokratische Werte

und demokratisches Verhalten zu stärken und interkulturelle Verständigung zu fördern.

Vorschläge:

a) Präventionsarbeit an den Schulen in der Metropolregion

- Förderung der Menschenrechtsbildung, um Respekt vor der Würde und den gleichen Rechten des anderen ebenso zu stärken wie Demokratie, Toleranz, Nichtdiskriminierung und Gewaltlosigkeit
- Förderung des Projekts „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“, um rassistischen Einstellungen und Verhaltensweisen entgegen zu wirken
- Stiftung eines Preises, der regelmäßig für die besten schulischen Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung vergeben wird
- Durchführung von Veranstaltungen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und Besuche von Gedenkstätten, Dokumentationszentren und ehemaligen Konzentrationslagern, um die Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit dem Nationalsozialismus zu intensivieren und sie zum Engagement gegen menschenverachtende Ideologien zu motivieren
- Einrichtung von Workshops, in denen sich die Schülerinnen und Schüler vertieft mit modernen Formen des Rechtsextremismus (z. B. Musik, Symbolik, Online-Verführungen wie Meme etc.) und mit Beispielen couragierten Handelns in Geschichte und Gegenwart befassen
- Informationsveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern

b) Präventionsarbeit an Einrichtungen der Erwachsenenbildung in der Metropolregion

- Durchführung von Veranstaltungen und Seminaren zur Information über Parteien und Gruppen aus dem rechtsextremistischen Spektrum, ihre ideologischen Grundlagen, ihre verfassungsfeindlichen Ziele und ihre politischen Strategien, um dadurch das demokratische Bewusstsein zu stärken und gesellschaftliches Engagement zu fördern

5. Handlungsfeld außerschulische Jugendbildung:

Wie kann eine demokratische Jugendkultur gefördert werden?

Der außerschulischen Jugendarbeit ist besonderes Augenmerk zu widmen, da sich die rechtsextremistische Szene intensiv bemüht, Jugendliche durch vielfältige Freizeitangebote und über das Internet im Sinne ihres antidemokratischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts zu beeinflussen und für ihre Ziele zu gewinnen.

Vorschläge:

- Einrichtung eines örtlichen Jugendparlaments, um das politische Interesse der Jugendlichen zu fördern und ihnen die Möglichkeit zu geben, demokratisches Verhalten und Handeln einzuüben
- Entwicklung eines vielfältigen, attraktiven und zielgruppenorientierten Freizeitangebots, um den Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene auf diesem Gebiet erfolgversprechend entgegenwirken zu können
- Durchführung von Veranstaltungen und Seminaren, um Jugendliche über die Ursachen und Folgen von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit aufzuklären, ihre Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen zu fördern, demokratische Werte und Normen zu vermitteln und die Bereitschaft zur Zivilcourage zu stärken
- Gestaltung einer präventiven Jugendarbeit mit dem Ziel, das Selbstwertgefühl der Jugendlichen zu stärken, sie zu selbstbestimmtem Handeln zu befähigen, ihr soziales und interkulturelles Lernen zu fördern und gefährdete Jugendliche zu integrieren
- Durchführung sportlicher Veranstaltungen und internationaler Jugendbegegnungen, die besonders geeignet sind, das respektvolle Miteinander von Jugendlichen unterschiedlicher nationaler, ethnischer, religiöser, kultureller oder sozialer Herkunft zu fördern

6. Handlungsfeld Wirtschaft:

Wie kann die Unterstützung der Wirtschaft für die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion gewonnen werden?

Die Metropolregion Nürnberg zeichnet sich durch Toleranz und Weltoffenheit aus. Dies ist ein positiver Standortfaktor für die Unternehmen, die deshalb auch einen wichtigen Beitrag dazu leisten können, um Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wirksam zu begegnen.

Vorschläge:

- Öffentliche Auszeichnung von Unternehmen, die die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aktiv unterstützen
- Beteiligung von Unternehmen an Runden Tischen sowie an der Planung und Durchführung von Veranstaltungen und Aktionen
- Förderung von Beratung und Fortbildungsangeboten zum Thema Rechtsextremismus und dessen neue Ausdrucksformen für Firmenangestellte in Kooperation mit Unternehmen, Betriebsräten und Gewerkschaften
- Beteiligung von Firmen an Werbemaßnahmen zur Finanzierung von Veranstaltungen und Aktionen

7. Handlungsfeld Versammlungsrecht:

Was können Kommunen und Zivilgesellschaft gegen öffentliche oder nichtöffentliche Veranstaltungen rechtsextremistischer Organisationen tun?

Das Recht auf Versammlungsfreiheit ist allen Deutschen durch das Grundgesetz garantiert. Solange eine Partei oder Vereinigung nicht verboten ist, kann sie von diesem Recht Gebrauch machen, auch wenn es sich dabei um erklärte Feinde der Demokratie handelt. Das Bundesverfassungsgericht weist in ständiger Rechtsprechung darauf hin, dass die Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich frei seien, grundlegende Werte der Verfassung in Frage zu

stellen oder die Änderung tragender Prinzipien zu fordern. Gerade in einer demokratischen Gesellschaft muss die inhaltliche Auseinandersetzung mit extremistischen politischen Positionen im Vordergrund stehen.

Das Bayerische Versammlungsgesetz regelt die Handlungsmöglichkeiten der Behörden gegen extremistische Versammlungen. Grundsätzlich gilt: Das zuständige Ordnungsamt klärt und bestimmt die Rahmenbedingungen der Veranstaltung, hat die Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten und kann die Veranstaltung gegebenenfalls auch verbieten.

Vorschläge:

- Anwendung aller rechtlichen Handlungsmöglichkeiten gegen rechtsextremistische Versammlungen durch die zuständigen Ordnungsämter
- Information der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Medien über geplante rechtsextremistische Veranstaltungen durch die zuständigen Behörden, damit die Öffentlichkeit sensibilisiert und zu Gegenmaßnahmen mobilisiert werden kann
- Unterstützung und Beratung zivilgesellschaftlicher Gruppen bei Gegenversammlungen und Aktivitäten

8. Handlungsfeld Immobilien:

Was können Kommunen und Zivilgesellschaft gegen geplante Immobilienkäufe oder eine bereits vorhandene räumliche Infrastruktur rechtsextremistischer Kreise tun?

Rechtsextremistische Kreise bemühen sich intensiv, Immobilien zu erwerben oder anzumieten, die sie als Rückzugsräume, Schulungszentren oder Stützpunkte für ihre Aktivitäten nutzen wollen. Die Kommunen haben jedoch rechtliche und politische Handlungsmöglichkeiten, um derartige Versuche zu vereiteln.

Vorschläge:

- Information der Kommunen über rechtliche Handlungsmöglichkeiten durch Expertinnen und Experten

- Kooperation der betroffenen Kommunen mit der Bezirks- und Staatsregierung, um eine gemeinsame Strategie zu entwickeln
- Erfahrungsaustausch unter betroffenen Städten und Gemeinden über rechtliche und politische Maßnahmen
- Information der Medien und der zivilgesellschaftlichen Organisationen durch die zuständigen Behörden, um die Öffentlichkeit für Protestaktionen mobilisieren zu können
- Motivation von Immobilienbesitzerinnen und -besitzern, Gastronomie und Hotellerie nicht an rechts-extremistische Gruppierungen zu vermieten oder zu verkaufen

9. Handlungsfeld Chancengleichheit:

Wie können Kommunen und Zivilgesellschaft Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit wirksam entgegenzutreten und Chancengleichheit für alle fördern?

Die Förderung der Chancengleichheit trägt dazu bei, in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller Menschen zu stärken. Sie ist damit eine wichtige Maßnahme, um jeder Form von Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken.

Vorschläge:

- Förderung der Beschäftigung von Personen mit Migrationshintergrund und aus diskriminierten Gruppen in der Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung
- Aufnahme von Anti-Diskriminierungs-Bestimmungen in kommunale Verträge und bei der Vergabe von Gewerbeerlaubnissen
- Entwicklung von Leitlinien oder Verhaltenskodizes für kommunale und private Unternehmen, um Rassismus und Diskriminierungen im Arbeits- und Produktionsprozess sowie bei Vermietung und Verkauf von Wohnraum zu bekämpfen

- Entwicklung von Maßnahmen, um Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Erziehung sicherzustellen
- Förderung der interkulturellen und der Menschenrechtsbildung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung

10. Handlungsfeld kulturelle Vielfalt:

Wie können Kommunen und Zivilgesellschaft kulturelle Vielfalt fördern?

Die Förderung der kulturellen Vielfalt ist unverzichtbar, um Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wirksam zu bekämpfen. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis der verschiedenen kulturellen Orientierungen und fördert damit das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Abstammung.

Vorschläge:

- Finanzielle und organisatorische Unterstützung von Veranstaltungen, Projekten und Begegnungsstätten, die die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung repräsentieren und die daraus resultierende Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens dokumentieren
- Förderung der kulturellen Reichhaltigkeit durch die Gestaltung eines vielfältigen kommunalen Kulturprogramms
- Veranstaltung von interkulturellen Wochen, um gegenseitige Akzeptanz, Toleranz und den Dialog zwischen den Kulturen zu fördern
- Benennung öffentlicher Bereiche (Straßen, Plätze etc.) zur Erinnerung an diskriminierte Personen oder Gruppen bzw. an entsprechende Ereignisse
- Förderung der Herstellung von Filmmaterial oder Dokumentationen über Bevölkerungsgruppen oder Einzelpersonen, die von Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit betroffen sind, um die Bevölkerung zu informieren und zu sensibilisieren

11. Handlungsfeld Sport:

Was können Sportvereine gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Sport tun?

„Wenn ich Rechtsextremist wäre, ich wüsste, was ich zu tun hätte! Ich ginge in den Sportverein!“ Diese Aussage stammt vom ehemaligen DFB-Präsidenten Dr. Theo Zwanziger und trifft heute mehr denn je zu. Weit über 60% der Bevölkerung treibt aktiv Sport oder ist an Sport sehr interessiert. Das wissen auch rechtsextreme Parteien und Gruppierungen und versuchen, den organisierten Sport zu unterwandern. Sportvereine sind für Rechtsextremisten von besonderem Interesse, da dort fast die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen aktiv ist. Anfangs unverfängliche Kontaktaufnahmen entpuppen sich allzu oft als politische Infiltration durch rechtsextremes Gedankengut.

Vorschläge:

- Sensibilisieren der Vereinsführung, der Trainerschaft, des Betreuerteams, der Sportlerinnen und Sportler, Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter sowie Eltern zum Erkennen rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und diskriminierender Äußerungen und Aktivitäten im Sport und dessen Umfeld
- Konsequentes Vorgehen gegen jegliche Form rechtsextremer Erscheinungsformen
- Benennung einer Ansprechpartnerin/eines Ansprechpartners im Verein für vertrauliche Gespräche mit betroffenen Personen
- Aufnahme und Integration von Vereinsmitgliedern mit Migrationshintergrund in alle Ebenen des Vereins
- Einrichtung von Workshops, in denen sich die Sportlerinnen und Sportler mit dem Nationalsozialismus und den modernen Formen des Rechtsextremismus auseinandersetzen
- Erstellen eines Verhaltenskodex' für die Vereinsmitgliedschaft und Verpflichtung der Vereinsmitglieder zur Einhaltung desselben
- Durchführung von Jugendturnieren unter dem Motto „Fair Play“; Auszeichnung der fairsten Spielerinnen und Spieler, Mannschaften und Zuschauergruppen

- Überprüfung und Anpassung der Vereinssatzungen im Hinblick auf die Mitgliedschaft von rechtsextremistischen Mitgliedern und Anpassung der Sportstätten- und Stadionordnungen

12. Handlungsfeld Internet:

Wie kann der Verbreitung rechtsextremer Propaganda, der Verführung Jugendlicher und Verunglimpfungen auf entsprechenden Seiten begegnet werden?

Das Internet und die Möglichkeiten des Web 2.0 sind von strategisch hohem Stellenwert für die rechtsextremistische Szene. Nahezu ungestört verbreiten sie dort ihre Propaganda, vernetzen sich mit rechtsextremen Gruppierungen anderer Länder und organisieren Treffen und Aufmärsche. Mit verunglimpfenden und herabwürdigenden Darstellungen sollen Personen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, eingeschüchtert oder alltägliche Gegebenheiten in engem Zusammenhang mit ihrer Doktrin gezeigt werden. Jugendliche werden mit vermeintlich harmlosen Angeboten, zuweilen höhnisch oder gewaltverherrlichenden Darstellungen und Produkten an die Erlebniswelt Rechtsextremismus herangeführt. Dabei ist das Internet kein rechtsfreier Raum, auch wenn es dringend erforderlich ist, entsprechendes Recht auf internationaler und europäischer Ebene anzupassen und eine globale Rechtsharmonisierung herzustellen.

Vorschläge:

- Stärkung der Medienkompetenz durch Seminarangebote für Jugendliche, Multiplikatoren, Eltern und Lehrerschaft
- Aufklärung über Symbole, Phrasen und versteckte Propaganda rechtsextremer Portale und in Online Games
- Formulierung einer Netiquette und konsequente Einhaltung dieser Grundregeln
- Konsequente Nutzung vorhandener Löschungsmöglichkeiten über entsprechende Meldebuttons

- Einschaltung der Medienaufsicht
- Bei Verstößen gegen den Jugendschutz umgehende Information an die Zentralstelle für Jugendschutz im Internet unter www.jugendschutz.net
- Anzeige auffälliger Webseiten und strafrechtlich relevanter Darstellungen
- Ausschöpfung aller im Zusatzprotokoll der Konvention zur Internetkriminalität (Cybercrime Convention, CCC) aufgeführten rechtlichen Handlungsmöglichkeiten

Weiterführende Informationen und Links finden Sie auf der Webseite der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion:
www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de

Kontakt:

Geschäftsstelle der Allianz gegen Rechtsextremismus
 in der Metropolregion Nürnberg

Stadt Nürnberg / Menschenrechtsbüro
 Fünferplatz 1
 90403 Nürnberg

Tel. 0171 6493441
kontakt@allianz-gegen-rechtsextremismus.de
www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de

Impressum

Herausgeberin:
 Allianz gegen Rechtsextremismus
 in der Metropolregion Nürnberg

Vorstand: S. Doll, D. Barth, Dr. S. Nitsche, Dr. E. Preuß, N. Wienands

Texte: S. Doll, D. Groß, L. Haas, Dr. H. Hesselmann, U. Schneeweiß,
 Stadt Bamberg

Redaktion: AG Handlungsprogramm, Koordinierungsgremium

Gestaltung: formfinder.de
 Druck: Müller GmbH, Nürnberg
 Auflage: 3000
 Dezember 2018

Für ihre Unterstützung bedanken wir uns herzlich bei

